

Sparen wird für Celle teuer

Rat gibt 100.000 Euro für Gutachten zur Haushaltskonsolidierung frei

CELLE. „Dass sich die Celler Politik beim Sparen äußerst schwer tut, daraus machten CDU und SPD keinen Hehl. So erinnerte CDU-Fraktionschef Heiko Gevers an den „einigermaßen steinigen Weg“ bei der Verabschiedung des Etats für dieses Jahr. Zur Haushaltskonsolidierung brauche man deshalb Hilfe von außen. Die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) könne eine solche Hilfe sein, sagte er gestern Abend im Celler Rat.

Dieser einigte sich mehrheitlich darauf, 100.000 Euro für die KGSt bereitzustellen. Was die Beratung tatsächlich kosten wird, ist noch unklar. Doch die 100.000 Euro

sollen die Obergrenze sein. Eine konkrete Leistungsbeschreibung für die KGSt soll im Finanzausschuss und im Verwaltungsausschuss beraten werden. Die Beauftragung der KGSt wäre dann Sache der Verwaltung.

Aus Sicht von SPD-Fraktionschef Jürgen

Es geht um
Millionen. Da sind
100.000 Euro eine kleine
Hausnummer.

Rentsch sind Rat und Verwaltung nicht in der Lage, die Haushaltskonsolidierung alleine zu bewältigen. Die Aufwendungen für die KGSt hält er für relativ wenig. „Hier geht es um Millionenbeträge. Da sind 100.000 Euro eine kleine Hausnummer“, so

Das Sparen kommt Celle doppelt so teuer zu stehen als ursprünglich geplant. Mehrheitlich beschloss der Stadtrat, 100.000 Euro für ein Gutachten der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) bereitzustellen. Linke/BSG und Unabhängige waren der Meinung, dass externer Sachverstand dafür nicht nötig sei.

Rentsch.

„Mit der KGSt haben wir die Möglichkeit, dass der Schwarze Peter von außen kommt“, sagte Peter von außen kommt“, sagte WG-Fraktionschef Torsten Schoeps mit Blick auf die übliche Klientelpolitik bei den Sparbemühungen. Er plädierte für die von KGSt-Geschäftsführer Dirk Greskowiak zuvor vorgeschlagene Paketlösung bei der Sanierung des Haushaltes, um keinen Neid zu schüren.

Mancher einer wie Hartmut

Chance bekommen sollten, selber Vorschläge zu erarbeiten“, sagte Cewe. Doch Oberbürgermeister Dirk-Ulrich Mende (SPD) stellte klar: „Umsonst sind die auch nicht.“

„Sparen wir uns dieses Gutachten“, forderte Oliver Müller

Cewe (Unabhängige) oder Joachim Falkenhagen (FDP) vertrat die Auffassung, dass das Rathaus selber die Aufgabe deutlich billiger stemmen könnte - sprich: über das Rechnungsprüfungsamt. „Wir sind der Meinung, dass die Stadt fähige Mitarbeiter hat, die die

(Linke/BSG). Er warnte vor einer „Gewährleistungskommune“, die eine Vielzahl von Aufgaben an Dritte überträgt und den Rat in seinen Aufgaben deutlich einschränkt. Man brauche keinen Umbau der Stadt zum Konzern. Müller appellierte an den Rat, die „Büchse der Pandora“ am besten zuzulassen.

Grünen-Fraktionschef Bernd Zobel reagierte gereizt, nannte die Linken „Geisterfahrer“ und warf den Unabhängigen kindisches Verhalten vor. Auch er befürwortete die Beratung durch die KGSt: „Man muss das von außen betrachten. Wir sehen, dass das notwendig ist.“

Oliver Müller

Lassen Sie
die Büchse der
Pandora am besten
einfach zu.

KGSt: „Man muss das von außen betrachten. Wir sehen, dass das notwendig ist.“

Oliver Gatz